

Mannhofer Nachrichten

Ortsblatt für Albrechtshain, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Großsteinberg, Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna und Umgegend.

Bezugspreis:
Frei ins Haus durch Kurträger
Mk. 1.20 vierteljährlich.
Frei ins Haus durch die Post
Mk. 1.30 vierteljährlich.

Mit zwei Beiläutern:
Illustriertes Sonntagsblatt
und
Landwirtschaftliche Beilage.
Bestenfalls 14 Tage.



Verlag und Druck:
Ganz & Cule, Rauhof.
Redaktion:
Robert Ganz, Rauhof.

Aufhängungen:
Für Inserenten der Anstaltsverwaltung
Schicht Grimma 10 Pfg. die fünfge-
spaltige Zeile, an erster Stelle und
für Auswärtige 12 Pfg.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Die Mannhofer Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags 5 Uhr mit dem Datum des nachfolgenden Tages. Schluß der Anzeigenannahme: Vormittags 11 Uhr am Tage des Erscheinens.
Nr. 43. Freitag, den 10. April 1903. 14. Jahrgang.

Heute Donnerstag Rats-Sitzung.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit noch besonders darauf hingewiesen, daß von Oßern an der Hauptgottesdienst
Vormittag 1/2 10 Uhr
beginnt.
Ev.-luth. Pfarramt Rauhof, 8. April 1903.
P. Verbrigg, Pfarrer.

Sachsens finanzielles Verhältnis zum Reiche.

Durch den im „Reichsgesetzblatt“ auf Grund des kaiserlichen Befehles vom 28. März d. J. veröffentlichten Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1903 sind u. a. die vom Königreich Sachsen zu bezahlenden Matrikularbeiträge für die genannte Rechnungsperiode auf 42 286 259 Mk. festgesetzt worden. Es sind dies zwar 1 040 007 Mk. weniger, als Sachsen im Rechnungsjahre 1902 an die Reichskasse abzuführen gehabt hat. Inwiefern bedeutet dieses Weniger keineswegs eine Verbesserung des finanziellen Verhältnisses Sachsens zum Reiche. Es würde dies nur dann der Fall sein, wenn Sachsen durch die ihm zukommenden Anteile an Zöllen, Tabaksteuer, Branntweinverbrauchsabgabe und Reichsstempelabgaben voll Deckung für die zu bezahlenden Matrikularbeiträge erhielte. Dies ist aber völlig ausgeschlossen. Jene Anteile sind für Sachsen mit 40 414 490 Mk. veranschlagt, betragen also 1 865 429 Mk. weniger als die Matrikularbeiträge. Nun liegt bei der vorsichtigen Schätzung der Einnahmen die Möglichkeit sehr nahe, daß die Ueberweisungssteuern tatsächlich den Veranschlagung übersteigen werden. An und für sich würden sich dann auch die Anteile der einzelnen Bundesstaaten zu erhöhen haben, so daß schließlich für diese sich noch ein Ueberschuß ergeben könnte, der gewiß allen Bundesstaaten sehr zu statten gekommen wäre. Allein in einem kaiserlichen Befehle vom gleichen Tage wird bestimmt, daß, wenn im Rechnungsjahr 1903 die den Bundesstaaten zustehenden Ueberweisungen das Etatsoll übersteigen, der Mehrbetrag zur Tilgung der durch den Reichshaushaltsetat für 1903 bewilligten Zuschußanleihe von 79 102 415 Mk., zurückzubehalten ist. Sachsen ist dadurch für das Rechnungsjahr 1903 unbedingt mit dem Betrage von 1 865 429 Mk. (gegen 1 867 386 Mk. im Rechnungsjahr 1902) belastet, welcher Betrag sich noch entsprechend steigern müßte, wenn die sogenannten Ueberweisungssteuern (Zölle, Tabaksteuer, Branntweinverbrauchsabgabe und Reichsstempelabgaben) die veranschlagte Höhe nicht erreichten. Zur Zeit kann also nur die Mindestbelastung berechnet werden, die Sachsen für das Rechnungsjahr 1903 für das Reich zu tragen hat. Diese Ungemäßheit über den wirklichen Ausfall ist mit der schlechtesten Teil des finanziellen Verhältnisses zum Reiche. Dieses Verhältnis wird sich voraussichtlich auch in den nächsten Jahren noch nicht viel besser gestalten; es muß erst gesetzlich festgelegt sein, daß die Bundesstaaten nicht mehr an das Reich abzuführen haben, als sie von diesem erhalten. Nur, wenn dies einmal erreicht sein wird, können die Einzelstaaten ohne Zweifel an die Feststellung ihres eigenen Haushaltes gehen. Mit der Gewißheit, daß Zahlung und Empfang sich stets ausgleichen müssen, wäre mehr gewonnen, als mit der Möglichkeit, vom Reiche in der Höhe schwankende Zuschüsse zu erhalten. Die Ueberhörsche, die früher die betreffenden einzelnen Bundesstaaten vom Reiche zu erhalten sich gemöhnt hatten, sind nicht überall von Vorteil gewesen. Man hat hier und

da dauernde Ausgaben auf sie gegründet, ohne ernstlich zu erwägen, daß die Zuschüsse eines Tages wegbleiben können und an ihrer Stelle die Steuerschraube angezogen werden muß. Wäre die als schwebende Schuld anzusehende Zuschußanleihe vom Reichstag nicht bewilligt worden, so würden sich Sachsens Matrikularbeiträge für 1903 um rund 5,4 Millionen Mark erhöht haben. Zwar würde dies eine Steuererhöhung nicht zur Folge haben können, weil in Sachsen zweijährige Budgetperioden bestehen und die Steuern in ihrer Höhe für 1902 und 1903 bereits festgelegt sind. Es würde aber das finanzielle Ergebnis für die Periode 1902/03 um den gleichen Betrag verschlechtert haben. Geschenkt ist aber mit der Zuschußanleihe den einzelnen Staaten nicht, denn, solange sie nicht getilgt ist, sind eben Ueberhörsche an Ueberweisungssteuern, auf deren Empfang sie sonst Anspruch hätten, zurückzubehalten und zur Tilgung zu verwenden. Der hauptsächlichste Vorteil der Bewilligung der Zuschußanleihe besteht mithin darin, daß den Einzelstaaten die Deckung des Festbetrags, wie er sich bei Feststellung des Reichshaushaltsetats für 1903 ergeben hatte, erleichtert, beziehentlich bequemer gestaltet worden ist. Die Wiederholung eines solchen Vorganges dürfte inwiefern ausgeschlossen sein. Man wird vielmehr künftig mit der Erhöhung der Matrikularbeiträge rechnen müssen, wenn nicht die eigenen Einnahmen des Reichs den steigenden und nicht immer abzuweisenden Ausgabenansforderungen entsprechend vermehrt werden. Daß aber namentlich in Sachsen eine solche Vermehrung nicht auf dem Gebiete der direkten Steuern gewünscht werden kann, darüber wird sich bei uns jeder, dem die jetzige Einkommensteuererhöhung fühlbar geworden ist, klar sein.

Zur Verkehrsnöte in Holland

wird weiter gemeldet: Im Laufe des gestrigen Abends gingen nur einige Züge in Amsterdam ein und aus. Die Ausländigen hielten eine Versammlung ab, an welcher auch Frauen teilnahmen. Die Versammlung, in welcher zum Anschluß an den Ausfall aufgeführt wurde, war jedoch nur schwach besucht. Gegen 10^{1/2} Uhr wurden die Bahnhöfe geschlossen und militärisch besetzt. In den Straßen patrouillierten Abteilungen der Bürgergarde und der Polizei. In der Nähe des Centralbahnhofs kam es zu einigen Zusammenstößen zwischen bewaffneter Polizei und jungen Burschen, wobei mehrere Personen durch Säbelhiebe verletzt wurden. Um 11 Uhr Abends herrschte vollständige Ruhe. Wie verlautet, wird von liberaler Seite heute der Kammer vorgeschlagen werden, die Streikgesetzentwürfe ohne weitere Debatte anzunehmen, sodas Amendements unmöglich werden. Unter den Arbeitgebern wird erzwungen, alle Arbeiter des Transportbetriebes auszusperren, doch werden auch ohne solchen Beschluß allmählich tausende von Arbeitern ohne Beschäftigung sein, da infolge Rohlen- und Materialmangels bei Fortdauer des Streiks viele Fabrikbetriebe stillstehen müssen. — In Arnheim und Nymwegen meldeten sich gestern zahlreiche Lokomotivführer zu

Jügen, auch im Amsterdamer Hauptbahnhof erschienen die meisten Leute wieder zur Arbeit. In Zeeworden fand bis jetzt kein Eisenbahnstreik statt.

Eine gestern in Rotterdam abgehaltene Versammlung von 3000 Dockarbeitern erklärte sich mit den Eisenbahnarbeitern solidarisch und beschloß, für Aufrechterhaltung der Ordnung einzutreten, um der Regierung keinen Anlaß zu schroffen Maßregeln zu geben. Einige hundert Personen wurden dazu bestimmt, die Arbeitswilligen an der Arbeit zu verhindern, ohne jedoch zu Tätlichkeiten zu schreiten. Auch die Bauhandwerker drohen, mit den übrigen Ausständigen gemeinschaftliche Sache zu machen.

— Amsterdam. Das Schulkomitee hielt eine geheime Sitzung ab, nach deren Schluß der allgemeine Ausfall der Bäder im ganzen Lande proklamiert wurde. Die Bäder in Amsterdam welche mit der Möglichkeit eines Ausstandes rechneten, haben Maßnahmen getroffen, so daß der Ausfall in Wirklichkeit kein allgemeiner sein wird. Doch wird die Lieferung von Brot nur in beschränktem Maße stattfinden können. Die Dampfer auf den Linien nach Hull und London haben den Dienst wieder aufgenommen.

— Amsterdam, 7. April. Die Vereinigten Arbeiter im Schiffahrts- und Transportgewerbe veröffentlichten eine Kundgebung, worin sie die Arbeiter auffordern, die Arbeit morgen früh um 6 Uhr wieder aufzunehmen, widrigenfalls sie über sämtliche Betriebe die Sperre verhängen würden.

— Amsterdam, 7. April. Der Verband der Metallarbeiter hat heute Nachmittag den Ausfall für das ganze Land verkündigt. In Amsterdam sind 4000 bis 5000 Leute ausständig.

— Amsterdam, 8. April. Im Haag wie in Amsterdam ist der Bäckerausfall für den Augenblick als gelichtet anzusehen. Die Bäckereien arbeiten unter militärischem Schutze. Der Eisenbahnverkehr nimmt allmählich wieder seinen regelmäßigen Gang.

Rundschau.

— Nach seiner Abreise von Kopenhagen hat Kaiser Wilhelm an den König folgendes Telegramm geschickt. „Seiner Majestät dem König! Es ist mir ein Bedürfnis des Herzens, Dir nochmals Meinen wärmsten Dank auszusprechen für die unvergänglich schönen Tage, die Ich bei Dir und im Kreise aller der lieben Deinen verbringen durfte. Vom Tage des glänzenden Empfanges an, den Du und die Bräutigam Deiner schönen Hauptstadt mir bereitet hatten, bis zum letzten Augenblicke, wo ich Dir Lebewohl sagen mußte, war der Aufenthalt für mich eine ungetrübte Freude. Empfange Meinen besonderen Dank dafür, daß Du mich in den Kreis Deiner Familie aufgenommen hast und sei überzeugt, daß Ich mich fortan als Sohn des Hauses fühle. Ich bitte zu Gott, daß er dein nächstes Geburtstagsfest für Dich, Dein Haus und Dein Volk zu einem Tage der Freude gestalten und Dich noch lange in ungetrübter Gesundheit erhalten möge. Wilhelm.“

— Die Errichtung einer staatlichen Geschüßfabrik soll nach der „Kön. Volksztg.“ ernstlich erwogen werden. Wie erinnert, ist in der Budgetkommission des Reichstags behauptet worden, die Firma Krupp überleure das Reich bei ihren Lieferungen an das Reich sehr viel. Es sei im Interesse des Reichs daher notwendig, ein Konkurrenzunternehmen, am besten aber eine staatliche Geschüßfabrik ins Leben zu rufen. Dieser Anregung soll nun dem obgenannten Blatte zufolge näher getreten werden, indem man versuchen will, mit dem Scherhanschen Etablissement in Düsseldorf eine staatliche

Geschüßfabrik, die vielleicht mit der Spandauer Waffenfabrik vereinigt werden würde, zu errichten.

— Das deutsche Reich muß demnächst wieder 200 Millionen borgen. Die vier Milliarden Mark, die uns Frankreich nach dem Kriege zahlen mußte, haben kaum 10 Jahre vorgehalten. Dann mußte auf Kredit gelebt werden, und jetzt sind schon 3 Milliarden Reichsschulden da. Bis in die ersten neunziger Jahre wurde alljährlich eine Reichsanleihe aufgenommen; dann brauchte während dieser Periode des Aufschwungs und der Ueberhörsche im Reichshaushalt weniger an den Kredit appelliert zu werden; in den letzten Jahren aber ist das wieder in wachsendem Maße der Fall.

— Halle. Die Brauereibesitzerin Robichsch-Deffau stiftete der Stadt 100 000 Mark für eine Zwangsarbeitsanstalt nach dem Muster des Leipziger Georgen-Stifts.

— Berlin. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Der König von Dänemark vollendet sein 85. Lebensjahr. Umgeben von zahlreichen Familienmitgliedern, die in Liebe und Verehrung zu ihrem Haupte emporkommen, begehrt der König das Fest in seltener Frische des Geistes und Körpers, von der er noch in den Tagen während des Besuchs des Kaisers ein erfreuliches Zeugnis abzugeben mannigfache Gelegenheit hatte. Mit den Angehörigen des Herrscherhauses vereinigt sich das dänische Volk, um den Ehrentag des Monarchen zu begehen, unter dessen bald vierzigjähriger weiser Regierung das Land auf allen Gebieten des geistigen und materiellen Schaffens einen überaus großen Aufschwung erlebte.“

— Düsseldorf. Die Tochter des früheren Direktors der Solinger Bank, Dauber hatte beim Baden ihre Kleider an dem geheizten Ofen aufgehängt. Die Kleider fingen Feuer und legten das Zimmer in Brand. Ehe Hilfe kam, war das bedauernswerte Mädchen verbrannt.

— München. Heute früh 6 Uhr stürzte sich die Staatsratswitwe von Wiedbeck aus ihrer in der Sonnenstraße gelegenen Wohnung in den Hof hinab und erlitt so schwere Verletzungen, daß sie auf dem Transporte nach dem Krankhause starb.

— Wien. Wie der „Zeit“ aus Paris gemeldet wird, ist das Pariser Haus Rothschild bereit, auf Ansuchen des russischen Finanzministers eine russische Anleihe zu begeben. Rußland bietet 100 Millionen vierprozentige Eisenbahn-Prioritäten zum Kurse von 92 Prozent. Es handelt sich bei der Verwendung dieser Anleihe nicht um Anlage neuer Bahnen, sondern um die Rückzahlung von Vorschüssen, welche die russische Staatsbank seit längerer Zeit dem russischen Finanzministerium geleistet hat.

— Madrid. In Villarban warf ein Anarchist drei Dynamitbomben in die Kirche. Die Explosion richtete großen Schaden an, eine Mauer der Kirche wurde vollständig zertrümmert.

— Zürich. In Basel, wo 3000 Maurer die Arbeit eingestellt haben und die Italiener sich zu allerlei Exzessen verleiten ließen, rückte ein Bataillon ein und säuberte die Plätze und Ansammlungsorte. Für morgen wird allgemeiner Generalstreik aller Arbeiter geplant. Die Regierung erteilt eine Proklamation, in der sie alle öffentlichen Aufzüge und Ansammlungen verbietet.

Stadt und Land.

Rauhof, d. 9. April 1903.

Rauhof. Gestern Abend entgleiste der die hiesige Station 5 Uhr 48 Min. postführende Personenzug, etwa 50 Meter vor der Station Grimma, am Uebergang der Leipziger

Markt
nen,
räter
neid-
t,
pen,
wahl.
en
Zöhne.
Laufsig.
3
ogel
hardt.
zer.
schaften
rep. Weh-
e Bähr,
efr. 30.
P. Roth,
Eipziger Straße.
Lin
g ist
gend!